

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Michael Klien, Stefan Schiman

Wirtschaftswachstum weiterhin niedrig, aber stabil

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2024

Wirtschaftswachstum weiterhin niedrig, aber stabil. Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2024

Die Weltkonjunktur schwächt sich seit der ersten Jahreshälfte 2018 immer mehr ab. Für die kommenden Jahre wird ein Verharren in einer Situation schwächeren Wachstums prognostiziert. Die österreichische Wirtschaft wird im Durchschnitt der Prognoseperiode 2020/2024 mit +1,4% pro Jahr (2015/2019 +1,9% p. a.) etwas (+0,1 Prozentpunkt) kräftiger wachsen als der Durchschnitt des Euro-Raumes. Die Entlastung der privaten Haushaltseinkommen (Familienbonus und Maßnahmen zur Unterstützung von Personen mit niedrigem Einkommen 2020 und 2021) stützt weiterhin die Konsumnachfrage. Das durchschnittliche Wachstum des privaten Konsums wird im Prognosezeitraum 1,5% pro Jahr betragen (2015/2019 +1,2% p. a.). Die gedämpfte, aber stabile Expansion erlaubt eine stetige Ausweitung der Beschäftigung um 1,0% p. a. (2015/2019 +1,7% p. a.), die Arbeitslosenquote wird bei rund 7½% verharren. Die Preissteigerungen laut Verbraucherpreisindex bleiben mittelfristig mäßig (+1¼% p. a.), und das Inflationsdifferential zum Euro-Raum dürfte bei rund ¼ Prozentpunkt verharren. Auf der Basis des prognostizierten nominellen Wirtschaftswachstums (+3,2% p. a.) und der unterstellten wirtschaftspolitischen Maßnahmen wird der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte über die Prognoseperiode weiterhin positiv bleiben (rund ½% des nominellen BIP). Daraus abgeleitet verringert sich die Staatsschuldenquote (Verschuldung des Gesamtstaates in Prozent des nominellen BIP) bis 2024 auf rund 56%.

Economic Growth Remains Low but Stable. Medium-term Forecast of the Austrian Economy Until 2024

The global economy has been gradually weakening since the first half of 2018. It is predicted that growth will remain sluggish in the coming years. The Austrian economy is expected to grow by +1.4 percent per year on average in the forecast period 2020-2024 (2015-2019 +1.9 percent p.a.), slightly (+0.1 percentage point) stronger than the euro area average. The tax reliefs for private household incomes (family bonus and measures to support low-income earners in 2020 and 2021) will continue to support consumer demand. The average growth of private consumption over the forecast period is predicted at 1.5 percent p.a. (2015-2019 +1.2 percent p.a.). The moderate but stable expansion will allow a steady increase in employment of 1.0 percent p.a. (2015-2019 +1.7 percent p.a.) and the unemployment rate will remain at around 7½ percent. In the medium term, price increases according to the consumer price index will be moderate at 1¼ percent p.a., and the inflation differential to the euro area is expected to remain at around ¼ percentage point. Based on the forecast of nominal economic growth at +3.2 percent p.a. and the assumed economic policy measures, the fiscal balance of public households will remain positive over the forecast period at around ½ percent of nominal GDP. As a result, the government debt ratio (general government debt as a percentage of nominal GDP) is predicted fall to around 56 percent by 2024.

Kontakt:

Mag. Dr. Josef Baumgartner: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, josef.baumgartner@wifo.ac.at

Priv.-Doz. Mag. Dr. Serguei Kaniovski: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, serguei.kaniovski@wifo.ac.at

Dr. Michael Klien: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, michael.klien@wifo.ac.at

Stefan Schiman, MSc: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, stefan.schiman@wifo.ac.at

JEL-Codes: E32, E37, E66 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Makroökonomie, Öffentliche Haushalte, Österreich

Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Begutachtung: Christoph Badelt, Ulrike Famira-Mühlberger, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Maria Riegler (maria.riegler@wifo.ac.at)

Die Wirtschaftsentwicklung der wichtigsten Handelspartner hat auf eine kleine stark exportorientierte Volkswirtschaft wie Österreich einen bedeutenden Einfluss. Nach einer Abschwächung des Wachstums 2018/2020 wird für den Prognosezeitraum 2020/2024 nur noch eine leichte weitere Dämpfung der internationalen Konjunktur erwartet, die sich auch auf die österreichische Wirtschaft übertragen wird. Die im Vergleich mit dem Durchschnitt des Euro-Raumes günstigere Ausgangslage im Jahr 2019 (Ederer, 2019, in diesem Heft) und der expansive Effekt der ab dem Jahr 2020 zusätzlich wirkenden Maßnahmen zur Stärkung der Haushaltseinkommen stützen über den Prognosehorizont den privaten Konsum und die inländische Nachfrage, wodurch die internationale Sogwirkung gemildert wird.

Die vorliegende Prognose berücksichtigt die im Zeitraum Juni bis September 2019 beschlossenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Unterstützung von privaten Haushalten mit niedrigem Einkommen (im Besonderen für Pensionistinnen und Pensionisten). Darüber hinaus liegt der Prognose eine "No-Policy-Change"-Annahme¹⁾ in Bezug auf wirtschaftspolitische Maßnahmen zugrunde.

Aufgrund des prognostizierten Konjunkturverlaufes werden die öffentlichen Haushalte über den Prognosezeitraum voraussichtlich Überschüsse erzielen und die Staatsschulden sowohl im Verhältnis zum nominellen BIP als auch absolut zurückgehen.

Die vorliegende mittelfristige Prognose für die Weltwirtschaft und Österreich baut bis einschließlich 2020 auf der kurzfristigen Prognose des WIFO vom Oktober 2019 auf (Ederer, 2019). Die mittelfristige Einschätzung der Entwicklung der Weltwirtschaft für die Jahre 2021 bis 2024 wurde mit Hilfe des makroökonomischen Weltmodells von Oxford Economics (Global Economic Model) erstellt²⁾. Die Prognose für Österreich erfolgte auf Basis dieses internationalen Szenarios und der Annahmen zur Wirtschaftspolitik mit dem makroökonomischen Modell des WIFO (Baumgartner – Breuss – Kaniowski, 2005).

1. Internationale Rahmenbedingungen

Die Wirtschaft von Österreichs wichtigsten Handelspartnern wächst mittelfristig langsamer als im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre. Für Deutschland wird eine Expansion von durchschnittlich 1,1% pro Jahr prognostiziert, für die USA von 1,8% (jeweils $-\frac{1}{2}$ Prozentpunkt gegenüber 2015/2019) und für die MOEL 5 von 2,3% ($-1,6$ Prozentpunkte). Dies dämpft Österreichs Exportmöglichkeiten entsprechend.

1.1 USA

Nach +2,3% und +1,8% in den Jahren 2019 und 2020 wird für die USA mit einer mittelfristigen BIP-Wachstumsrate von 1,8% p. a. gerechnet. Die Wirtschaft wird durch starke Fundamentaldaten gestützt: Das Arbeitskräfteangebot wächst kontinuierlich, die Zuwanderung der zweiten Generation leistet hier einen großen Beitrag. Die relativen Lohnstückkosten liegen nahe an den niedrigsten Werten der letzten 30 Jahre. Das Verhältnis der Schulden der privaten Haushalte zum Einkommen ist fast auf den langfristigen Durchschnitt gesunken, und von der Fiskalpolitik dürften mittelfristig keine restriktiven Effekte ausgehen. Zudem dürfte die Arbeitsproduktivität nach mehreren Jahren einer schwachen Entwicklung wieder etwas anziehen. Seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 ist der Preisaufrieb gering. Die Kerninflation dürfte das 2%-Ziel der Fed nicht überschreiten. Dies hängt u. a. mit der Wachstumsverlangsamung und einer Abflachung der Phillips-Kurve (Zusammenhang zwischen Lohnwachstum und Arbeitslosigkeit) sowie stabilen Inflationserwartungen zusammen. Ein Konjunkturrisiko bleiben die Finanzmärkte. Die derzeit geringe Renditedifferenz zwischen langfristigen Staatsanleihen und kurzfristigen Zinssätzen deutet auf einen Konjunktumschwung in den kommenden ein bis drei Jahren hin.

1.2 Euro-Raum

Die Nachwirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009 und die anschließende Euro-Krise prägten das Wachstum im Euro-Raum noch jahrelang. Nach +1,2% 2019 und +1,3% 2020 wird mit einer mittelfristigen BIP-Wachstumsrate von 1¼% p. a. gerechnet. Das Produktionspotential dürfte um 1,2% pro Jahr wachsen, um 0,2 Prozentpunkte pro Jahr kräftiger als im ersten Nachkrisenjahrzehnt, aber um 0,6 Prozentpunkte schwächer als in den zehn Jahren vor der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Die Verfügbarkeit von Krediten verbesserte sich in den letzten Jahren. In den Bilanzen vieler Banken scheinen aber immer noch notleidende Kredite auf, was die Neukreditvergabe und eine effizientere Kapitalallokation beeinträchtigt und einen entsprechend dämpfenden Effekt auf die Investitionen ausübt. Darüber hinaus hat die über mehrere Jahre hohe Arbeitslosigkeit negative Auswirkungen auf die Qualifikation der Arbeitslosen. Deshalb und wegen des Rückganges der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

¹⁾ In den WIFO-Prognosen wird eine No-Policy-Change-Annahme getroffen. Sie berücksichtigt im Allgemeinen nur bereits beschlossene Gesetze und Verordnungen. In bestimmten Fällen werden auch Maßnahmen, die noch nicht formal beschlossen sind, einbezogen, etwa wenn der Verhandlungs- oder Gesetzwerdungsprozess schon sehr weit fortgeschritten ist (Gesetzesentwürfe in Begutachtung, in manchen Fällen auch Ministerratsbeschlüsse, wenn eine stabile Mehrheit im Parlament sehr wahrscheinlich erscheint) und hinreichend detailliert vorliegt, um eine quantitative Einschätzung zu ermöglichen.

²⁾ Das Weltmodell von Oxford Economics (Global Economic Model) umfasst insgesamt 80 Länder, darunter China, die USA, die meisten EU-Länder, Indien, Japan, Russland und Brasilien in hohem Detailgrad.

sinkt die Verfügbarkeit von Arbeitskräften. Dies wird durch den Anstieg der Erwerbsquote nur teilweise ausgeglichen. In Zeiten des zunehmenden Protektionismus könnte sich die hohe Abhängigkeit des Wirtschaftswachstums vom Außenhandel als Nachteil erweisen. Insbesondere ein offener Handelskrieg mit den USA wäre sehr schädlich für die Wirtschaft im Euro-Raum. Auch der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU dämpft die mittelfristigen Wachstumsaussichten. Die Schätzungen von Oberhofer – Pfaffermayr (2018), Bisciari (2019) und Felbermayr – Gröschl – Steininger (2018) ergeben für die EU 27 (EU ohne das Vereinigte Königreich) mittel- bis langfristig ein Intervall der Wachstumsdämpfung (BIP oder Konsum) von 0 bis 0,8 Prozentpunkten. Dabei zeigen sich jedoch sehr heterogene Auswirkungen: Irland und andere kleine EU-Länder mit historisch engen Beziehungen zum Vereinigten Königreich wie Malta, Zypern oder die Benelux-Länder sind stärker negativ beeinflusst.

Die Geldpolitik ist im Euro-Raum seit dem Frühjahr 2019 wieder expansiver, da die Inflationsrate weiterhin deutlich unter den Zielwerten liegt und die Konjunktur abflaut. Zwischen März 2015 und Dezember 2018 angekaufte Wertpapiere wird die EZB in ihrem Bestand behalten und Tilgungen aushaftender Wertpapiere mit Nachkäufen in selber Höhe ersetzen. Darüber hinaus wird die EZB ab November 2019 zusätzlich ein neues unbefristetes Wertpapierankaufprogramm in der Höhe von 20 Mrd. € pro Monat starten. Den Zinssatz für die Einlagenfazilität senkte sie im September 2019 auf $-0,5\%$. Zumindest bis Ende 2021 wird keine Erhöhung der Leitzinssätze erwartet. Eine erste Zinssatzanhebung wird für 2022 unterstellt, und in der Folge wird ein kontinuierlicher Anstieg der Leitzinssätze bis 2024 angenommen. Der Dreimonatsgeldmarktsatz wird dadurch von $-0,4\%$ im Jahr 2019 auf $+1,4\%$ im Jahr 2024 anziehen. Infolge der angenommenen Straffung der Geldpolitik werden in den kommenden Jahren auch die langfristigen Zinssätze im Euro-Raum wieder steigen. So wird die Sekundärmarktrendite deutscher 10-jähriger Staatsanleihen von $-0,3\%$ im Jahr 2019 auf $2\frac{1}{4}\%$ im Jahr 2024 anziehen.

Die EZB wird ab November 2019 das Wertpapierankaufprogramm wieder aufnehmen. Die Leitzinssätze dürften frühestens ab 2022 angehoben werden.

1.3 Deutschland

Für Deutschland wird nach $+0,5\%$ und $+1,2\%$ in den Jahren 2019 und 2020 mit einer mittelfristigen BIP-Wachstumsrate von $1,1\%$ gerechnet. Das Produktionspotential nimmt ähnlich wie im Durchschnitt des Euro-Raumes um etwa $1,1\%$ pro Jahr zu. Die Dynamik lässt im Zeitverlauf nach, insbesondere weil die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter schrumpft. Trotz der äußerst niedrigen Arbeitslosigkeit blieb der Lohndruck bislang begrenzt. Hohe Kostenwüchse sind auch mittelfristig unwahrscheinlich. Das kooperative Verhalten von Unternehmen und Gewerkschaften und das Risiko von Produktionsverlagerungen nach Osteuropa dämpfen die Lohndynamik. Aufgrund der Schuldenbremse wird die Regierung in den kommenden Jahren einen ausgeglichenen Staatshaushalt anstreben. Infolgedessen wird die öffentliche Schuldenquote weiter sinken. Ein Risiko besteht im aktuellen Umbruch des Automarktes: Weltweit werden die Abgasnormen verschärft, was die Nachfrage nach Autos mit Verbrennungsmotor dämpft.

1.4 Italien

In Italien wird das BIP nach $+0,1\%$ 2019 und $+0,4\%$ 2020 mittelfristig um $0,6\%$ p. a. wachsen (Durchschnitt 2015/2019 $+0,9\%$). Strukturprobleme und ungünstige Kreditbedingungen haben eine mittelfristige Stagnation des Kapitalstockes zur Folge. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nimmt ab, und auch die gesamtwirtschaftliche Produktivität wird sich nur geringfügig verbessern. Italien ist einem erheblichen internationalen Finanzmarktrisiko ausgesetzt. Angesichts der hohen Staatsverschuldung haben Vertrauenseffekte große Rückwirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung. Im Bankensektor waren in den letzten Jahren aber einige Verbesserungen zu verzeichnen. Die Abschreibung notleidender Kredite und der Anstieg der Aktienkurse ermöglichten eine Belebung des Kreditwachstums. Der mittelfristige Ausblick bleibt jedoch fragil, nicht zuletzt da die Bildung einer dauerhaft entscheidungsfähigen Regierung mit einer stabilen Parlamentsmehrheit, die die notwendigen produktivitätssteigernden Reformen einleiten kann, wenig wahrscheinlich ist. Gepaart mit einer trägen Rechtsdurchsetzung der Justiz erschwert das die Investitions- und Innovationstätigkeit mit

entsprechend negativen Effekten auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und das mittel- bis langfristige Wachstumspotential.

1.5 Ostmitteleuropa

Polens Wirtschaft wird nach +4,2% 2019 und +3,2% 2020 mittelfristig um 2,4% expandieren. Das Produktionspotential geht mittelfristig demographisch bedingt etwas zurück, die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter schrumpft. Die Herabsetzung des Pensionsantrittsalters verstärkt diesen Effekt. Im Allgemeinen verfügt Polens Wirtschaft über solide Grundlagen, um das Aufholpotential gegenüber Westeuropa zu nutzen. Im Gegensatz zu anderen Ländern der Region ist der Bankensektor wenig mit notleidenden Krediten belastet.

In Ungarn wird das Wachstum nach 4,8% 2019 und 3,0% 2020 mittelfristig 2,4% betragen. Ähnlich wie in Polen dämpft der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter das Produktionspotential. Die mittelfristige Performance wird daher entscheidend vom Aufholprozess abhängen, der vom hohen Zufluss an EU-Subventionen gestützt wird. Die Produktivität dürfte dadurch wesentlich stärker steigen als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre.

Auch in Tschechien wird das Wirtschaftswachstum (nach +2,7% 2019 und +2,0% 2020) mittelfristig durch die demographische Entwicklung gedämpft (2020/2024 +1,9%). Tschechien hat von der Integration in deutsche Lieferketten der Autoindustrie profitiert; eine übermäßige Abhängigkeit von der Autoindustrie bedeutet mittelfristig aber auch ein Risiko: Rund 20% der tschechischen Exporte sind Autos und Fahrzeugteile.

Übersicht 1: Internationale Konjunktur

	Gewicht 2018 in %		Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Waren- exporte ¹⁾	Welt-BIP ²⁾									
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %											
EU 28			+ 1,1	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4
EU 27	67,1	14,0	+ 0,9	+ 2,2	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3
Euro-Raum	52,0	11,4	+ 0,8	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,2
Deutschland	30,1	3,2	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,1	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1
Italien	6,5	1,8	- 0,4	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7
Frankreich	4,3	2,2	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4
MOEL 5 ³⁾	14,6	1,6	+ 2,2	+ 3,9	+ 2,3	+ 3,8	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,1
Tschechien	3,8	0,3	+ 1,1	+ 3,6	+ 1,9	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8
Ungarn	3,4	0,2	+ 1,4	+ 3,9	+ 2,4	+ 4,8	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,0
Polen	3,2	0,9	+ 3,0	+ 4,2	+ 2,4	+ 4,2	+ 3,2	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1
USA	7,1	15,2	+ 2,1	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
Schweiz	5,0	0,4	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,8
Vereinigtes Königreich	2,8	2,2	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,8
China	2,7	18,7	+ 8,6	+ 6,6	+ 5,5	+ 6,2	+ 5,8	+ 5,7	+ 5,6	+ 5,3	+ 5,1
Insgesamt											
Kaufkraftgewichtet ⁴⁾		51	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,9
Exportgewichtet ⁵⁾	85		+ 1,4	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6
			Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	Ø 2020/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
<i>Annahmen zur Prognose</i>											
Erdölpreis											
Brent, Dollar je Barrel			102	57	61	66	63	60	60	60	60
Wechselkurs											
Dollar je Euro			1,33	1,13	1,10	1,12	1,10	1,10	1,10	1,10	1,10
Internationale Zinssätze											
EZB-Hauptrefinanzierungssatz ⁶⁾ , in %			0,8	0,0	0,4	0,0	0,0	0,0	0,3	0,5	1,1
Sekundärmarktrendite Deutschland, in %			1,9	0,2	0,7	- 0,3	- 0,5	- 0,1	0,5	1,4	2,3

Q: Statistik Austria, Oxford Economics Forecasting, WIFO-Berechnungen. – 1) Österreichische Warenexporte. – 2) Kaufkraftgewichtet. – 3) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – 4) EU, USA, Schweiz, China; Prognose gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2018. – 5) EU, USA, Schweiz, China; Prognose gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2018. – 6) Mindestbietungssatz.

1.6 Rohölpreis und Wechselkurs

Der Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass die Rohölpreise von 66 \$ je Barrel im Jahresdurchschnitt 2019 auf 63 \$ im Jahr 2020 und in der Folge auf 60 \$ sinken und damit deutlich unter dem Niveau der letzten zehn Jahre (80 \$) bleiben. Der Wechsel-

kurs des Dollars gegenüber dem Euro wird über den Prognosezeitraum mit 1,10 \$ je Euro angenommen.

Abbildung 1: Wirtschaftsentwicklung ausgewählter Regionen

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria, Oxford Economics Forecasting, WIFO-Berechnungen. MOEL 5: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

2. Anhaltend schwaches Wachstum in Österreich

2.1 Privater Konsum stützt die Inlandsnachfrage

Über den gesamten Prognosezeitraum wirkt sich die Abschwächung der internationalen Konjunktur unmittelbar auf die Export- und Investitionstätigkeit der heimischen Unternehmen und dadurch auch auf die gesamte Wirtschaftsleistung in Österreich dämpfend aus. Der private Konsum bildet auch mittelfristig die inländische Konjunkturstütze. Dank der Erhöhung der verfügbaren Haushaltseinkommen federt der private Konsum die konjunkturbedingte Abschwächung vor allem in den Jahren 2020 und 2021 ab. Für die Periode 2020/2024 wird auf Grundlage der prognostizierten Entwicklung der BIP-Komponenten ein Wachstum der Gesamtwirtschaft von 1,4% pro Jahr erwartet (2015/2019 +1,9% p. a.). Die vergleichsweise günstige Entwicklung des inländischen privaten Konsums begründet auch die Wachstumsdifferenz (+0,1 Prozentpunkt p. a.) gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raumes. Die nominelle Wirtschaftsleistung wird jährlich um 3,2% zunehmen (2015/2019 +3,7% p. a.).

Von den Wachstumsaussichten vor allem im Euro-Raum, den MOEL 5 und den USA (Kapitel 1) wird die österreichische Exportwirtschaft am stärksten beeinflusst, da in diese drei Regionen gut 60% der österreichischen Exporte³⁾ fließen. In den Jahren 2020/2024 wird für diese wichtigsten Handelspartner ein exportgewichtetes jährliches Wachstum von 1½% erwartet (2015/2019 +2,3%). Wegen der Eintrübung der internationalen Wirtschaftsbedingungen wird die Ausfuhr über den Prognosezeitraum voraussichtlich real mit +2,4% pro Jahr um 1½ Prozentpunkte weniger ausgeweitet als in der vorangegangenen Fünfjahresperiode.

Die Abschwächung der inländischen Wirtschaftsdynamik wirkt vor allem über die sehr konjunktursensitiven und zu einem beträchtlichen Teil importierten Ausrüstungsgüter auf die Importe. Die stabile Konsumnachfrage bremst diese Verlangsamung etwas, wodurch die Einfuhr mit +2,5% p. a. (2015/2019 +3,8%) geringfügig stärker zunehmen dürfte als die Ausfuhr. Insgesamt bleiben die Nettoexporte über den Prog-

Getragen von der Entwicklung des privaten Konsums (+1,5% p. a.) expandiert die heimische Wirtschaft 2020/2024 um 1,4% p. a.

³⁾ Daten zu den nominellen Importen der drei Zielländergruppen an Waren und Dienstleistungen aus Österreich laut Zahlungsbilanzstatistik.

nosezeitraum zwar positiv (Überschuss, nominell 14 Mrd. €), jedoch mit neutralem Beitrag zum Wirtschaftswachstum.

Die Ausrüstungsinvestitionen (einschließlich der sonstigen Investitionen) werden 2019 aufgrund der noch einigermaßen guten Konjunktur voraussichtlich um 3,2% zunehmen. Die Abschwächung des Wachstums bremst die sehr konjunkturreaktive Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen auf durchschnittlich +1,6% p. a. (2015/2019 +4,7% p. a.).

Die privaten Wohnbauinvestitionen sollten weiterhin von der Bevölkerungszunahme (Bevölkerungsprognose von Statistik Austria 2020/2024 kumuliert knapp +2,3%) bzw. dem Anstieg der Zahl privater Haushalte (+3,2% laut Statistik Austria) sowie den nach wie vor hohen Immobilienpreissteigerungen (2011/2018 +5,7% p. a.; laut Statistik Austria, Häuserpreisindex) getragen werden. Für die kommenden Jahre wird eine stärkere Ausweitung der Wohnbautätigkeit angenommen als in den letzten Jahren (2010/2018 +1,4% p. a., 2001/2018 ohne 2009 +0,3% p. a.). Auf Basis der mittelfristigen Investitionspläne von BIG, Asfinag und ÖBB dürften sich die Tiefbauinvestitionen weiterhin etwas verhaltener entwickeln. Die gesamte Bautätigkeit wird daher 2020/2024 mit jährlich +1¼% nur mäßig ausgeweitet.

Der stärkere Zuwachs der verfügbaren Haushaltseinkommen in den Jahren 2020 und 2021 ist auf fiskalische Maßnahmen zurückzuführen. So können seit 1. Jänner 2019 Haushalte mit Kindern, für die ein Anspruch auf Kinderbeihilfe besteht, einen Familienbonus als Steuerabsetzbetrag auf ihre Lohn- bzw. Einkommensteuerschuld geltend machen. Teilweise können unselbständig Beschäftigte den Familienbonus über die Lohnverrechnung ihres Arbeitgebers bereits im Jahr 2019 beziehen (Fink – Rocha-Akis, 2018, Baumgartner et al., 2018). Die volle Wirkung wird der Familienbonus aber erst ab dem Jahr 2020 entfalten, wenn die Entlastung auch für jene Haushalte spürbar wird, die ihn über die Arbeitnehmer- bzw. Einkommensteuerveranlagung geltend machen. Die Prognose unterstellt eine Entlastung der Haushaltseinkommen um 631 Mio. € im Jahr 2020, 173 Mio. € 2021 und 149 Mio. € im Jahr 2022⁴).

Zwischen Juli und September 2019 wurden im österreichischen Nationalrat verschiedene Entlastungen der privaten Haushalte mit niedrigem Einkommen (insbesondere für Pensionistinnen und Pensionisten) beschlossen⁵ und der abschlagsfreie vorzeitige Pensionsantritt bei 45 Beitragsjahren ab einem Alter von 62 Jahren wieder eingeführt. Zusätzlich wurden einige Maßnahmen (vor allem im Bereich der Umsatzsteuerpflicht) zur teilweisen Gegenfinanzierung der zusätzlichen Ausgaben bzw. Einnahmehinzuflüsse beschlossen. Auf der Basis von Zusammenstellungen aller getroffenen Maßnahmen durch den Budgetdienst und durch das BMF schätzt das WIFO das Ausmaß der zusätzlichen Entlastung der privaten Haushalte im Jahr 2020 auf 860 Mio. €, 2021 659 Mio. € und 2022 152 Mio. €. Das ergibt in Summe die folgenden zusätzlichen, dauerhaft wirkenden fiskalischen Erhöhungen der privaten verfügbaren Haushaltseinkommen: 2020 1.491 Mio. € (0,7% des nominellen verfügbaren privaten Haushaltseinkommens), 2021 832 Mio. € (0,4%) und 2022 301 Mio. € (0,1%). Berücksichtigt man zusätzlich Zweirunden- und Multiplikatoreffekte, dann beträgt der Anstieg des verfügbaren Haushaltseinkommens im Jahr 2020 0,9%; 2023 dürfte das Niveau des verfügbaren Haushaltseinkommens um etwa 1½% höher sein als in einer Situation ohne die beschriebenen Maßnahmen⁶).

⁴) Der Umfang für die Jahre 2021 und 2022 ergibt sich aus der Annahme, dass nicht alle unselbständig Beschäftigten die Arbeitnehmerveranlagung gleich im ersten Jahr einreichen (Verzögerung höchstens 5 Jahre). Zudem steigt das Volumen des Familienbonus durch die jährlichen Lohnsteigerungen jeweils etwas, da Personen, die aufgrund zu niedrigen Einkommens den Bonus nicht voll ausschöpfen können, jährlich (bis zum Erreichen des Maximalbetrages von 1.500 € pro Kind bis zum 18. Lebensjahr bzw. 750 € für Kinder über 18 Jahren in Ausbildung) einen etwas höheren Betrag geltend machen können. Bei voller Ausschöpfung wird das Volumen des Familienbonus auf rund 1,5 Mrd. € geschätzt.

⁵) Die bedeutendsten Maßnahmen waren die Pensionserhöhungen über der Inflationsabgeltung für niedrige Pensionen, die Erhöhung des Verkehrs- und Pensionistenabsetzbetrages, die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für Selbständige und Landwirte und die Valorisierung des Pflegegeldes (Kapitel 2.4).

⁶) Dieses Ergebnis basiert auf einer Simulationsrechnung mit dem WIFO-Macromod, unter der Annahme, dass die Verhaltensparameter (vor allem der Konsumnachfrage der Haushalte im unteren Einkommensdrittel) unverändert bleiben.

Übersicht 2: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung in % p. a.								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3
Nominell	+ 3,0	+ 3,7	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,1
Verbraucherpreise	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 3,1	+ 4,0	+ 3,0	+ 4,4	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1
Pro Kopf, real ²⁾	- 0,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,2	+ 1,7	+ 0,9	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9
	Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	Ø 2020/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,1	5,3	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,7
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	7,3	8,3	7,5	7,4	7,5	7,5	7,5	7,5	7,6
	In % des BIP								
Außenbeitrag	3,0	3,7	3,3	3,7	3,5	3,3	3,2	3,2	3,1
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,8	- 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ⁷⁾	- 2,4	- 0,5	+ 0,4 ⁸⁾	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	-
WIFO-Methode ⁹⁾	- 2,3	- 0,5	+ 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7
Struktureller Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ⁷⁾	- 1,8	- 0,4	+ 0,4 ⁸⁾	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	-
WIFO-Methode ⁹⁾	- 1,7	- 0,4	+ 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7
Staatsschuld	82,5	77,9	61,3	69,6	66,7	63,9	61,2	58,6	56,3
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	8,1	7,4	7,6	7,6	7,8	7,7	7,6	7,5	7,5
	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung in % p. a.								
Trendoutput, real									
Methode der Europäischen Kommission ⁷⁾	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,6 ¹⁰⁾	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,5	-
WIFO-Methode ⁹⁾	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6
	Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	Ø 2020/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	In % des Trendoutputs								
Outputlücke, real									
Methode der Europäischen Kommission ⁷⁾	- 0,7	- 0,0	+ 0,2 ⁸⁾	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	± 0,0	-
WIFO-Methode ⁹⁾	- 0,8	- 0,0	+ 0,2	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,2	- 0,1	- 0,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ²⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrehtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁶⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ⁷⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2019, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2019. – ⁸⁾ Ø 2020/2023. – ⁹⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2019 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. – ¹⁰⁾ Ø 2019/2023.

Diese deutlichen Einkommenssteigerungen haben zum einen vor allem in den Jahren 2020 und 2021 einen stärkeren Anstieg des privaten Konsums und zum anderen im Jahr 2020 eine Erhöhung der Sparquote zur Folge, da nur etwa 60% des zusätzlich verfügbaren Einkommens sofort in den Konsum fließen. Für das Jahr 2020 wird ein Anstieg der Sparquote um 0,2 Prozentpunkte auf 7,8% erwartet, und für die Folgejahre wird ein leichter Rückgang auf 7,5% im Jahr 2024 prognostiziert. Der private Konsum dürfte 2020/2024 real um 1,5% pro Jahr ausgeweitet werden (2015/2019 +1,2%) und damit rund 57% des gesamten BIP-Zuwachses beitragen.

Der Effekt der im Prognosezeitraum wirksam werdenden Nettoentlastungen (die überwiegend den privaten Haushalten zugutekommen) auf das reale BIP für 2020 auf +1/4% und für 2024 auf etwa +0,5% geschätzt.

Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung in % p. a.								
Konsumausgaben									
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4
Staat	+ 0,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,2	+ 3,4	+ 1,5	+ 2,9	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3
Ausrüstungen ²⁾	+ 2,5	+ 4,7	+ 1,6	+ 3,2	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4
Bauten	- 0,3	+ 2,0	+ 1,3	+ 2,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,2
Inländische Verwendung	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3
Exporte	+ 4,7	+ 3,9	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4
Importe	+ 4,4	+ 3,8	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,4
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.

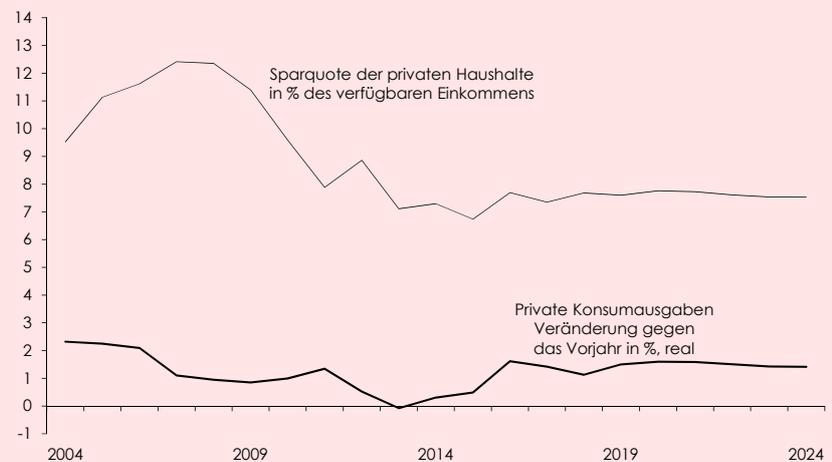
Abbildung 2: Wirtschaftswachstum in Österreich und im Euro-Raum

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

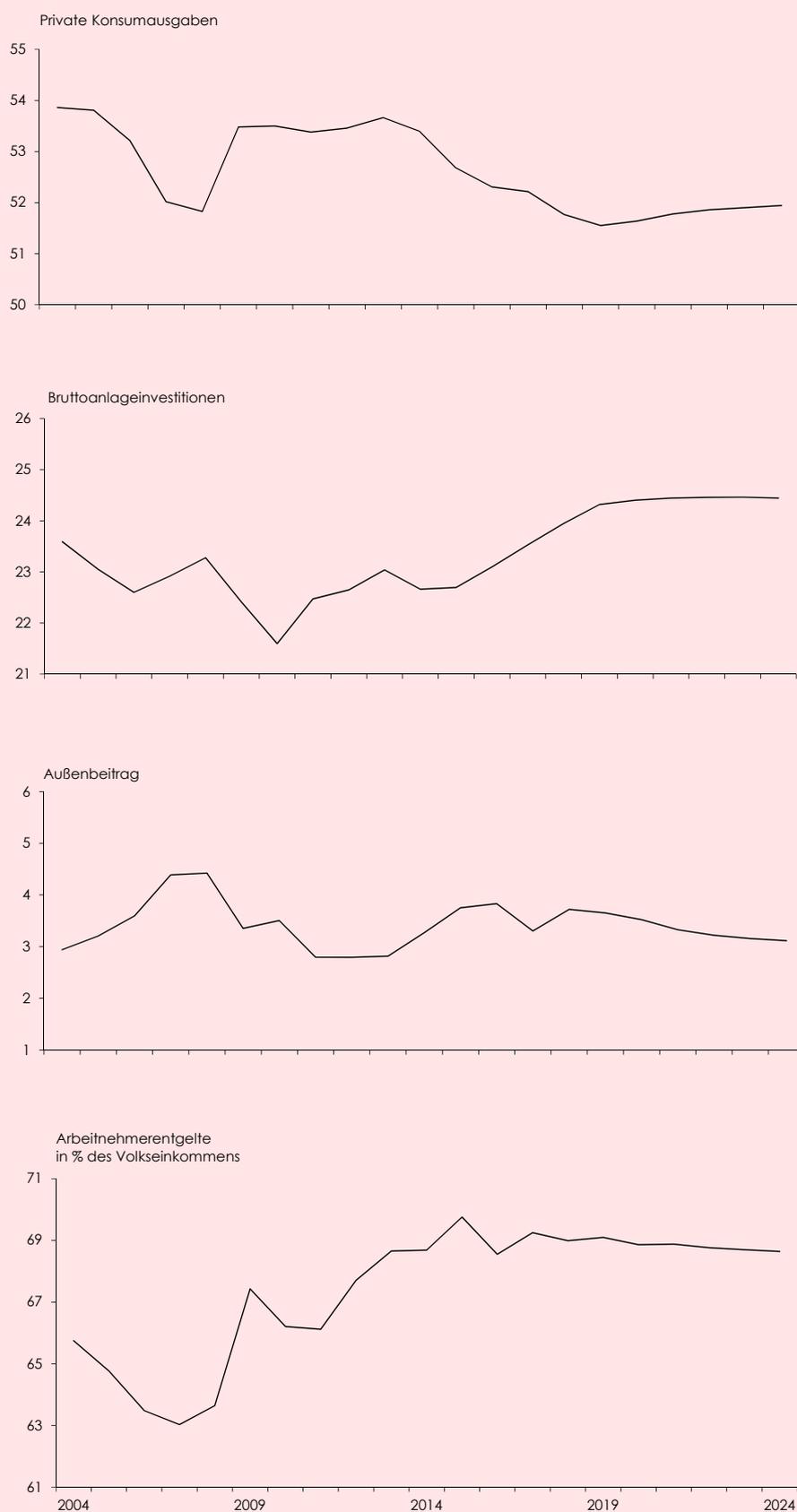
Abbildung 3: Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 4: Nachfrage und Einkommen

In % des BIP, nominell



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Für die Jahre 2020 bis 2022 beschlossene fiskalpolitische Maßnahmen – eine kurze Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Wirkungen

Die im Jahr 2018 bzw. von Juli bis September 2019 beschlossenen und von 2020 bis 2022 zusätzlich dauerhaft wirksam werdenden fiskalpolitischen Maßnahmen (einschließlich des verzögerten Effektes des Familienbonus) haben eine Entlastung der privaten Haushalte im Jahr 2020 um 1.491 Mio. € zur Folge (0,7% des nominellen verfügbaren privaten Haushaltseinkommens), 2021 um 832 Mio. € (0,4%) und 2022 um 301 Mio. € (0,1%). Berücksichtigt man die beschlossenen Gegenfinanzierungsmaßnahmen, dann beträgt die Nettoentlastung für die Gesamtwirtschaft in den Jahren 2020 1.402 Mio. € (0,4% des nominellen BIP), 2021 683 Mio. € (0,2%) und 2022 241 Mio. € (0,1%). Im Ausmaß der Nettoentlastung verschlechtert sich zu Beginn der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte.

Wenn man die in den vergangenen Jahren beobachteten und im WIFO-Macromod implementierten Wirkungszusammenhänge unterstellt (Rückwirkungen, Zweitrunden- und Multiplikatoreffekte), haben die wirtschaftspolitischen Maßnahmen auch einen expansiven Effekt auf die österreichische Wirtschaft: Dieser wird für das reale BIP 2020 auf +¼% geschätzt; 2023 dürfte das reale BIP-Niveau um etwa +½% höher sein als ohne diese Maßnahmen. Der Beschäftigungszuwachs bis 2023 wird auf 19.500 Beschäftigungsverhältnisse geschätzt (knapp +0,5%), die Verbraucherpreise dürften 2021 kumuliert um 0,1% höher sein (und in den Folgejahren keinen Impuls mehr erhalten).

Durch den expansiven Effekt steigen die Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen bzw. verringern sich die Staatsausgaben, die anfängliche Verschlechterung des gesamtstaatlichen Budgetsaldos verflacht (2020 –964 Mio. €, 0,3% des nominellen BIP, 2021 –1.187 Mrd. €, 2022 –1.048 Mio. €).

Trendoutput und die Outputlücke

Unter Konjunktur versteht man Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Auslastung einer Volkswirtschaft um ihren langfristigen Wachstumspfad. Die Entwicklung des Potentialoutputs bzw. Trendoutputs beschreibt den langfristigen Wachstumspfad. Die Outputlücke als relative Abweichung des realen BIP vom Trendoutput zeigt die Lage im Konjunkturzyklus an.

Die Outputlücke ist für eine Fiskalpolitik, die Konjunkturschwankungen entgegen zu wirken und die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen über den gesamten Konjunkturzyklus zu sichern trachtet, eine relevante Größe. Die Outputlücke fließt in die Berechnung des konjunkturbereinigten bzw. des strukturellen Finanzierungssaldos ein.

Die Methode der Europäischen Kommission zur Schätzung des Trendoutputs beruht auf einem Produktionsfunktionsansatz, der die Transformation des Arbeits- und Kapitaleinsatzes in die Wertschöpfung (reales BIP) beschreibt (Havik et al., 2014). Dabei werden das Arbeitsvolumen und die Produktivität (TFP) um Konjunkturschwankungen bereinigt.

Die Methode der Europäischen Kommission liefert eine Prognose des Trendoutputs bis 2023. Die Schätzungen für den TFP-Trend und die NAWRU¹⁾ beruhen auf der WIFO-Konjunkturprognose bis 2020. Für 2021/2023 wird auf Basis einer ökonometrischen Extrapolation des TFP-Trends und einer technischen Annahme über den Verlauf der NAWRU der Trendoutput prognostiziert. Zusätzlich wird die technische Annahme getroffen, dass sich die Outputlücke zum Ende des fünfjährigen Prognosezeitraumes 2019/2023 schließt.

Der Produktionsfunktionsansatz liefert einen Einblick in die Wachstumsdeterminanten (Cotis – Elmeskov – Mourougane, 2005, EU IFIs, 2018). Zu den Nachteilen der von der Europäischen Kommission gewählten Implementierung zählen eine hohe Volatilität und insbesondere eine überschüssige Zyklizität der Trend-Schätzungen. Eine hohe Volatilität sowie eine Anfälligkeit für große Revisionen erschweren die Finanzplanung (Maidorn, 2018, EU IFIs, 2018). Aufgrund der überschüssigen Zyklizität (Veränderungen des Trendoutputs sind eng mit jenen des realen BIP verbunden) werden die Outputlücke und der Budgetspielraum in Abschwungphasen tendenziell unterschätzt. Zudem ist die Annahme, dass die Outputlücke sich gegen Ende der Prognoseperiode schließt, unrealistisch.

Daher legt das WIFO eine alternative Berechnung vor, die sich durch zwei Aspekte von der Methode der Europäischen Kommission unterscheidet: Die Erwerbsquote und die Arbeitsstunden der Erwerbstätigen pro Kopf werden stärker geglättet. Als Ergebnis wird die Zyklizität des Trendoutputs geringer und die Schwankungen der Outputlücke verstärkt. Zweitens wird die Schließung der Outputlücke bis zum Ende des Prognosezeitraumes nicht erzwungen. Sie ergibt sich endogen aus der Prognose für das reale BIP und dem Trendoutput. Die alternative Schätzung schließt zudem ein Jahr mehr in den Prognosehorizont ein (2020/2024).

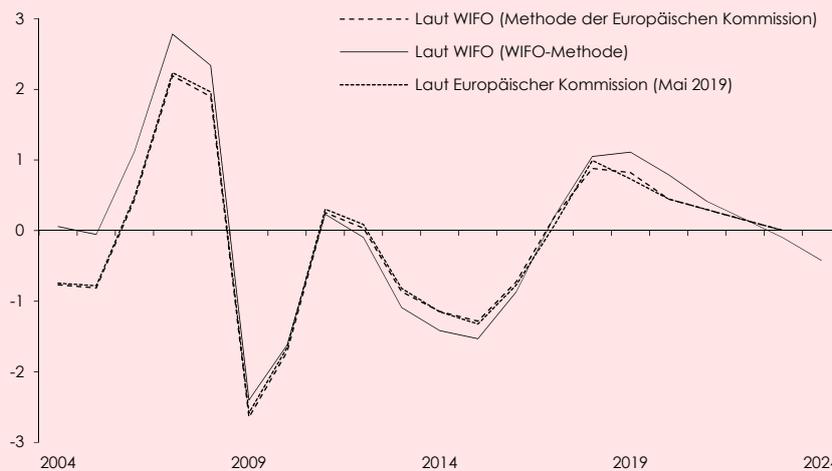
¹⁾ Non-accelerating wage rate of unemployment²⁾: jenes Niveau der Arbeitslosenquote, über dem kein anhaltender Lohndruck entsteht.

Gemäß der Berechnungsmethode der Europäischen Kommission beträgt das durchschnittliche jährliche Trendwachstum in den Jahren 2020 bis 2023 1,6%. Es liegt damit um 0,1 Prozentpunkt über jenem der vorangegangenen Fünfjahresperiode. Die österreichische Wirtschaft befindet sich seit 2017 in einer Phase überdurchschnittlicher Auslastung (Abbildung 5). Die Outputlücke wird sich ausgehend von 0,8% des Trendoutputs im Jahr 2019 annahmegemäß bis 2023 schließen. Im Vergleich zur Schätzung vom März 2019 (Baumgartner – Kaniowski, 2019) ergibt sich für 2023 eine Revision des Trendwachstums um –0,1 Prozentpunkt. Eine additive Zerlegung des Trendwachstums zeigt ähnlich große Beiträge von TFP und Kapitalakkumulation (Übersicht 4). Die durchschnittliche Outputlücke 2020/2023 beträgt 0,2% des Trendoutputs.

Die Verringerung der Outputlücke spiegelt die Konjunkturabschwächung wider. Das durchschnittliche Wachstum des realen BIP (+1,4% p. a.) bleibt mittelfristig unter dem Trendwachstum von +1,6%.

Abbildung 5: Outputlücke

Real, in % des Trendoutputs



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2019 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2019, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2019.

Übersicht 4: Beitrag der Inputfaktoren zum Wachstum des Trendoutputs

		Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	Ø 2020/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
<i>Methode der Europäischen Kommission¹⁾</i>										
BIP, real (implizit)	Veränderung in % p. a.	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,4 ²⁾	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3	–
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,6 ²⁾	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,5	–
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,4 ²⁾	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	–
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6 ²⁾	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	–
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,6 ²⁾	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	–
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	– 0,7	– 0,0	+ 0,2 ²⁾	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	± 0,0	–
<i>WIFO-Methode³⁾</i>										
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	– 0,8	– 0,0	+ 0,2	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,2	– 0,1	– 0,4
<i>Schätzung der Europäischen Kommission (Frühjahr 2019)</i>										
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,7 ²⁾	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,6	–
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,9 ²⁾	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,8	–
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,5 ²⁾	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,4	–
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6 ²⁾	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	–
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7 ²⁾	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	–
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	– 0,6	– 0,1	+ 0,2 ²⁾	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	± 0,0	–

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2019, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2019. – ²⁾ Ø 2020/2023. – ³⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2019 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Das Trendwachstum beträgt laut der alternativen WIFO-Schätzung für 2020 bis 2024 1,7% p. a. und ist somit etwas höher als das Trendwachstum nach der Schätzung laut Methode der Europäischen Kommission. Die Outputlücke nimmt bis zum Ende des Prognosezeitraumes ab und erreicht bis 2024 einen Wert von -0,4% des Trendoutputs (Abbildung 5). Wie die Zerlegung des Trendwachstums für die alternative Schätzung zeigt, wird der Beitrag der TFP in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen (Übersicht 4).

Da der Trendoutput jenem Produktionsniveau entspricht, welches mit stabiler Inflation einhergeht, deutet eine negative Outputlücke auf Unterauslastung zum Ende des Prognosehorizonts und nachlassenden Inflationsdruck hin.

2.2 Arbeitslosenquote bleibt stabil und im langjährigen Vergleich hoch

Das prognostizierte durchschnittliche reale BIP-Wachstum von 1,4% p. a. wird in der Periode 2020/2024 eine Ausweitung der Zahl der unselbständigen aktiven Beschäftigungsverhältnisse um durchschnittlich 1,0% pro Jahr ermöglichen. Durch den erwarteten L-förmigen Konjunkturverlauf schwächt sich die Beschäftigungsnachfrage im Prognosezeitraum nur geringfügig ab. Vom expansiven Impuls der Nettoentlastung der Einkommen auf die Wirtschaftsleistung dürfte der Beschäftigungszuwachs von 2020 leicht abnehmend bis 2023 profitieren (rund +0,1 Prozentpunkt p. a.).

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter schrumpft mittelfristig um 0,1% p. a. Der erwartete Anstieg des Arbeitskräfteangebotes um durchschnittlich 0,9% pro Jahr (+38.800 Personen p. a.) resultiert zum einen aus der weiteren Ausweitung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Erwerbspersonen und zum anderen aus einer Steigerung des ausländischen Arbeitskräfteangebotes (nicht zuletzt wegen der Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes für kroatische Staatsangehörige im Juli 2020 und der Zunahme des Einpendelns in den Grenzregionen). Aufgrund der nach wie vor deutlichen Lohnunterschiede zu den MOEL bleibt Österreich ein attraktives Ziel für ausländische Arbeitskräfte⁷⁾. Diese Effekte wirken dem Rückgang der inländischen Bevölkerung unter 50 Jahren (laut Bevölkerungsprognose von Statistik Austria vom November 2018) entgegen.

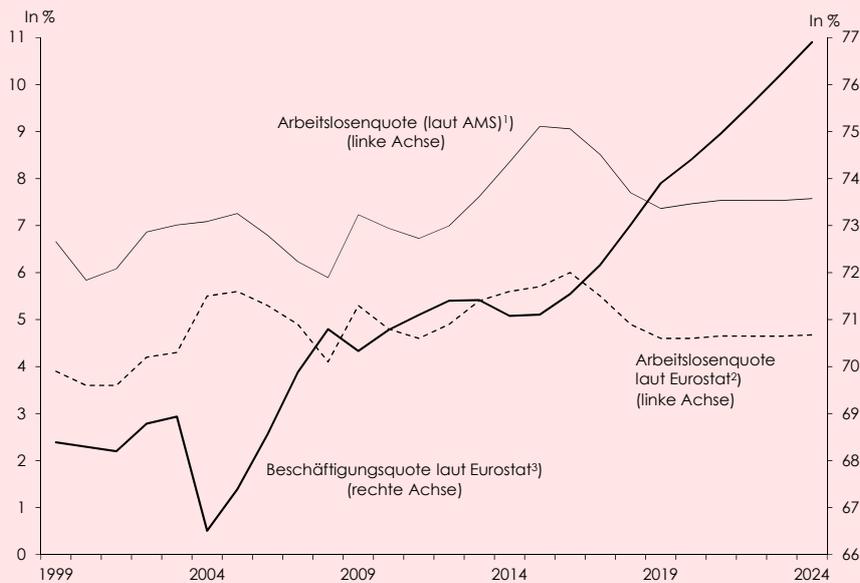
Der Neuzugang zur vorzeitigen Alterspension betrug im Jahr 2013 noch rund 38.400 Personen und verringerte sich bis 2015 auf 22.700 Personen. Seither nimmt er wieder zu (2018: 28.850 Personen) und dürfte bis 2024 weiter steigen⁸⁾. Die Wiedereinführung des abschlagsfreien vorzeitigen Eintrittes in die Alterspension mit 62 Jahren bei langer Versicherungsdauer (mindestens 45 Beitragsjahre, davon höchstens 5 Jahre Kindererziehungszeiten) im Jahr 2020 dürfte keinen markanten Rückgang der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitskräfte und damit des Arbeitskräfteangebotes auslösen: Zum einen ist die Zahl der Erwerbstätigen, die ab dem 17. Lebensjahr eine über 45 Jahre ununterbrochene Erwerbskarriere ohne Teilversicherungszeiten aufweisen, nicht sehr groß, da Beamtinnen und Beamte von dieser Regelung ausgeschlossen sind⁹⁾. Zum anderen wurde in den vergangenen Jahren von einem Teil der Erwerbstätigen mit 45 Beitragsjahren die vorzeitige Alterspension ab 62 Jahren trotz (deutlicher) Abschläge in Anspruch genommen; unter der Annahme einer Beibehaltung dieses Verhaltens ergibt sich damit keine große Änderung.

⁷⁾ Siehe dazu OECD, Average annual wages, https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=AV_AN_WAGE. Mit Ausnahme von Slowenien (-26%) lagen im Jahr 2018 die kaufkraftbereinigten durchschnittlichen Löhne pro Kopf zu Vollzeitäquivalenten in allen ostmitteleuropäischen Ländern um 43% bis 52% unter jenen in Österreich.

⁸⁾ Die relevante Altersgruppe der Frauen zwischen 50 und 59 Jahren und der Männer zwischen 55 und 64 Jahren dürfte gemäß der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria vom November 2018 im Jahr 2020 um gut 19% und im Jahr 2024 um knapp 21% größer sein als 2013 (dem Jahr vor der Verschärfung der Zugangsbedingungen zur vorzeitigen Alterspension). Der Anteil der Personen mit vorzeitiger Alterspension an der oben definierten Altersgruppe sank von 3,5% im Jahr 2013 auf 1,9% im Jahr 2015. Für die Periode 2020/2024 wird er mit 2,3% fortgeschrieben.

⁹⁾ In dieser Berufsgruppe wäre aufgrund des im öffentlichen Dienst stabileren Erwerbsverlaufes und des Regel-pensionsalters von 65 Jahren auch für Beamtinnen der potentielle Anteil der Begünstigten größer. Dazu gibt es jedoch juristische Bedenken, ob die aktuelle Regelung dem verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatz entspricht. Im Falle einer Aufhebung dieses Gesetzes würde der Personenkreis der Begünstigten größer ausfallen.

Abbildung 6: Entwicklung des Arbeitsmarktes



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ In % der unselbständigen Erwerbspersonen. – ²⁾ In % der Erwerbspersonen laut Labour Force Survey. – ³⁾ Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre), laut Labour Force Survey.

Die Arbeitslosenquote (laut AMS-Definition) wird 2020 konjunkturbedingt leicht auf 7,5% steigen. Trotz der Verflachung der Konjunktur dürfte das Beschäftigungswachstum bei 1,0% p. a. stabil bleiben. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird 2024 rund 325.000 betragen.

Übersicht 5: Arbeitsmarkt, Einkommen

	Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	Ø 2020/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
In %									
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ¹⁾	5,1	5,3	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,7
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ²⁾	7,3	8,3	7,5	7,4	7,5	7,5	7,5	7,5	7,6
	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Veränderung in % p. a.									
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,2	+ 1,7	+ 0,9	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9
Selbständige ⁵⁾	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Arbeitslose	+ 4,2	- 1,1	+ 1,5	- 3,2	+ 2,3	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,4
Produktivität ⁶⁾	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Lohn- und Gehaltssumme ⁷⁾	+ 3,1	+ 4,0	+ 3,0	+ 4,4	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1
Pro Kopf, real ⁸⁾	- 0,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,4	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ²⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Laut WIFO, einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ⁶⁾ BIP real pro Kopf (Erwerbstätige: unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – ⁷⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ⁸⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI.

Die Zahl der ausländischen Beschäftigten stieg in den ersten neun Monaten 2019 schwächer als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (+48.475 auf 799.090, Jänner bis September 2018 +55.324, 2018 insgesamt +54.381). Der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung lag damit bei 21,0%; knapp 80% des gesamten Beschäftigungszuwachses entfielen auf ausländische Beschäftigte. Seit dem Ende der Übergangsfristen für die Freizügigkeit von Arbeitskräften aus den neuen EU-Ländern 2011 (EU-Beitritt 2004) bzw. 2014 (EU-Beitritt 2007) erhöht sich die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte kräftig, aktuell insbesondere aus Bulgarien und Rumänien (Eppel et al., 2018).

Im Prognosezeitraum wird sie voraussichtlich um 29.300 pro Jahr zunehmen (2015/2019 +41.800 p. a.) und zum Ende des Prognosezeitraumes 83% des Beschäftigungszuwachses ausmachen. Der Anteil der ausländischen Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung vergrößert sich dadurch weiter auf gut 24% im Jahr 2024.

Infolge der noch günstigen Konjunkturlage wird die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2019 auf 302.000 zurückgehen, ist damit aber immer noch um rund 40.000 höher als 2009, dem Jahr des größten Wirtschaftsabschwunges in der Nachkriegsgeschichte. In den nächsten fünf Jahren wird ein schrittweiser Anstieg auf 325.000 im Jahr 2024 erwartet. Damit wird die Arbeitslosenquote der unselbständigen Erwerbspersonen (AMS-Definition) über den Prognosehorizont bei durchschnittlich 7,5% bzw. 4,6% der Erwerbspersonen (Eurostat-Definition) verharren.

2.3 Anhaltend geringer Inflationsdruck

Die Anschläge auf die größte Rohölförderanlage in Saudi-Arabien hatten im September 2019 einen vorübergehenden Ausfall von über 50% der saudischen bzw. 5% der Weltrohölproduktion zur Folge. An den Börsen wurde am 16. September 2019, dem ersten Handelstag nach den Anschlägen, ein kurzfristig überschießender Preisanstieg (Sorte Brent in Dollar je Barrel) von gut 20% gegenüber dem letzten Handelstag vor dem Angriff verzeichnet. Doch bereits gegen Mittag dieses Handelstages war der Preisanstieg um fast die Hälfte korrigiert, und gegen Ende der Handelswoche lagen die Rohölnotierungen um nur noch 5½ \$ über dem Durchschnitt der sechs Wochen vor dem Anschlag. Dieses Ereignis hat somit auch keinen weiteren Einfluss auf das Basiszenario der vorliegenden Prognose.

Auf Basis der Notierungen für Futures-Kontrakte¹⁰⁾ von Ende September unterstellt die vorliegende Prognose für 2020 einen Rohölpreis (Brent) von 63 \$ je Barrel im Jahr 2020 und mit der Abkühlung der internationalen Konjunktur einen Rückgang auf 60 \$ für die Jahre 2021 bis 2024. Der Euro-Dollar-Wechselkurs wird mit durchschnittlich 1,1 \$ je Euro über den Prognosehorizont einer Random-Walk-Annahme folgend fortgeschrieben.

Übersicht 6: Preise

	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung in % p. a.								
Verbraucherpreise	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
Implizite Preisindizes									
Privater Konsum	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
Exporte	+ 1,6	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5
Importe	+ 2,2	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Ab 2020 wird die Tabaksteuer jährlich angehoben. Aufgrund des geringen Gewichtes dieser Verbrauchsteuer im VPI-Warenkorb ist der Gesamteffekt auf die Inflationsrate jedoch vernachlässigbar. Die Ausweitung der Umsatzsteuerpflicht im Online-Handel ist bezogen auf den gesamten Umsatz (angenähert durch den nominellen privaten Konsum) ebenfalls sehr klein und ohne Einfluss auf die erwartete Inflationsrate. Darüber hinaus werden in der Prognose keine Änderungen indirekter Steuern angenommen.

Der Nachfrageimpuls durch die expansiven fiskalischen Maßnahmen zur Unterstützung der privaten Haushaltseinkommen dürfte 2020 die Inflationsrate um 0,1 Prozentpunkt erhöhen. Für die administrierten Preise (sie werden überwiegend von der öffentlichen Hand festgelegt und enthalten auch die im VPI erfassten Gebühren) wird weiterhin ein überdurchschnittlicher Anstieg unterstellt (2015/2019 +2% p. a.).

¹⁰⁾ Die Notierungen der an Warenterminbörsen gehandelten Futures-Kontrakte spiegeln die durchschnittliche Preiserwartung der Marktteilnehmer am jeweiligen Handelstag für das dem Kontrakt unterliegende Produkt zum Kontraktende wider.

Die Pro-Kopf-Nominallöhne werden auf der Basis des prognostizierten Preisauftriebes, der Entwicklung der Produktivität und des Arbeitsmarktes im Prognosezeitraum voraussichtlich um 2,1% p. a. steigen. Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten, die wichtigste Determinante des inländischen Kostendruckes und der Exportpreise, erhöhen sich unter Berücksichtigung des prognostizierten Wachstums von BIP und Beschäftigung um 1,6% p. a. Die Bruttoreallöhne pro Kopf bleiben in der Gesamtwirtschaft im Prognosezeitraum mit +0,3% p. a. weiter hinter dem Wachstum der Arbeitsproduktivität (+0,5% p. a.) zurück. Damit sollten die Lohnkosten keinen übermäßigen inflationstreibenden Effekt entfalten und keine Lohn-Preis-Spirale in Gang setzen.

Für die Periode 2020/2024 wird mit einem Preisanstieg gemäß VPI bzw. laut BIP-Deflator von durchschnittlich 1¼% gerechnet. Der seit 2011 beträchtliche Inflationsvorsprung gegenüber Deutschland (Durchschnitt 2011/2018 +0,5 Prozentpunkte p. a., Durchschnitt Jänner bis September 2019 +0,1 Prozentpunkt, September +¼ Prozentpunkt) und dem Durchschnitt des Euro-Raumes (2011/2018 +0,6 Prozentpunkte p. a., Jänner bis September 2019 +0,3 Prozentpunkte, September +0,4 Prozentpunkte) war Anfang 2019 noch geringer, nahm aber im Laufe des Jahres wieder zu. Im Durchschnitt des Prognosezeitraumes wird mit einem Inflationsvorsprung von rund ¼ Prozentpunkt gegenüber dem Euro-Raum gerechnet.

2.4 Stabile Konjunktur sorgt für Budgetüberschüsse

Die wesentlichen Änderungen der Fiskalprognose gegenüber der WIFO-Prognose vom März 2019 ergeben sich aus den Nationalratsbeschlüssen zwischen Juli und September, der etwas schwächeren Konjunkturlage und der geänderten Zinsprognose. In den Nationalratssitzungen vor den Wahlen Ende September wurde eine große Zahl an Beschlüssen gefasst, welche auch substantielle Wirkungen auf den Staatshaushalt haben.

Auf der Ausgabenseite werden dabei folgende Maßnahmen in der Prognose berücksichtigt: Pensionsanpassung 2020 über der Inflationsrate für niedrige bis mittlere Einkommen, Valorisierung des Pflegegeldes, abschlagsfreier Pensionsantritt mit 45 Beitragsjahren, Aufhebung der einjährigen Wartefrist für die Pensionsanpassung, Kompensation der Steuerpflicht der Ausgleichszulage, Ausweitung von Maßnahmen im Rahmen des Arbeitsmarktfinanzierungsgesetzes und Ausbau der Medienförderung.

Hinzu kommt eine Reihe von einnahmenseitigen Entlastungsmaßnahmen: Erhöhung des Pensionistenabsetzbetrages, der Rückerstattung der Sozialversicherungsbeiträge und des Verkehrsabsetzbetrages, Beitragssenkung in der Selbständigen- und Bauernkrankensversicherung, Maßnahmen im Umweltbereich, vereinfachte Pauschalierung der Einkommensbesteuerung für Kleinunternehmen, Erhöhung der Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter, Freibeträge und Rückerstattung der Normverbrauchsabgabe für Behinderte.

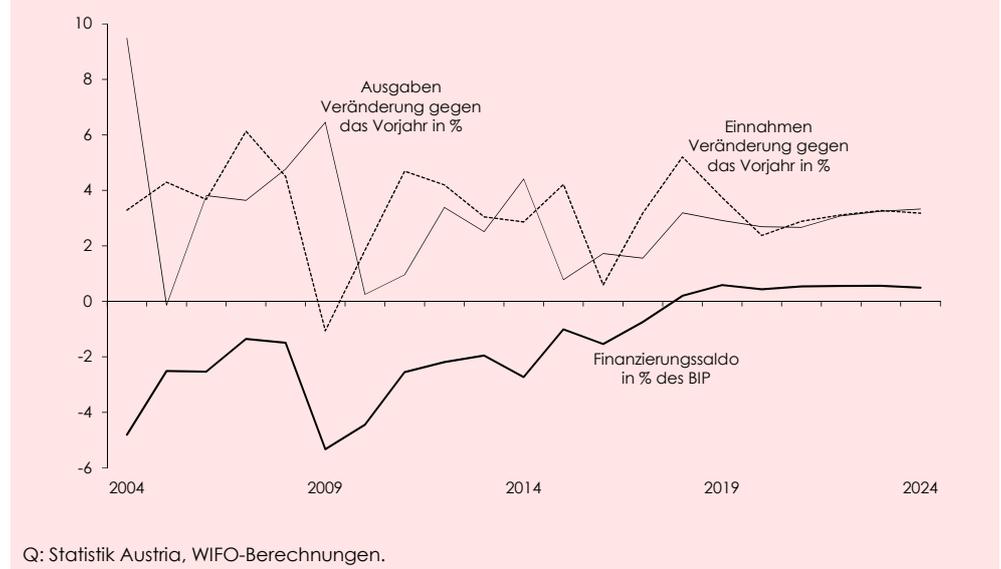
Die Budgetwirkungen der genannten Maßnahmen werden durch Gegenfinanzierungsmaßnahmen teilweise gemildert: Tabaksteuererhöhung einschließlich des entsprechend höheren Umsatzsteueraufkommens, Zuschreibungsobergrenzen bei Umgründung, Umsatzsteuerpflicht für Kleinlieferungen und Online-Plattformen, Erträge aus der neuen Digitalsteuer, Meldepflicht für Online-Plattformen, Meldepflichten und Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung.

Die Gesamteffekte der von Juli bis September 2019 beschlossenen Maßnahmen auf die wesentlichen Aggregate des Staatssektors fasst Übersicht 8 zusammen. Die teilweise Gegenfinanzierung dämpft den Effekt der Maßnahmen auf das Steueraufkommen im Jahr 2020 noch etwas, sodass insbesondere die Änderung der direkten Steuern erst ab 2021 merklich wirkt. Die Ausgabensteigerungen infolge der Maßnahmen schlagen sich primär in den monetären Sozialleistungen nieder. Sie erzeugen im Jahr 2020 zusätzliche Ausgaben von rund 640 Mio. € (hauptsächlich durch die Pensionsanpassung) und in den Folgejahren von jeweils rund 100 Mio. €. Die Veränderung des Budgetsaldos bzw. die Nettoentlastung beträgt im Jahr 2020 rund 770 Mio. € und steigt 2021 und 2022 um gut 500 bzw. knapp 100 Mio. €. Ab 2023 verläuft die erwartete Nettoentlastung flach. Während jene aktuellen Nationalratsbeschlüsse, die dauerhaft über den gesamten Prognosezeitraum wirken, in der Budgetprognose berücksichtigt werden, wird für die Prognoseperiode 2020/2024 eine No-Policy-Change-Annahme

Die Staatseinnahmen wachsen im Prognosezeitraum nominell um 3,0% p. a. Da die Konjunktur sich nur mäßig abschwächt, liegt diese Rate um nur 0,4 Prozentpunkte unter der Entwicklung im Vergleichszeitraum 2015/2019.

getroffen (siehe Fußnote 1). So werden mangels Quantifizierung weiterhin die kurzfristigen Kosten und etwaige mittelfristige Einsparungen aus der beschlossenen Zusammenlegung von Sozialversicherungsträgern nicht berücksichtigt. Analog gilt dies für die Aktivitäten einer neuen Bundesregierung und die budgetären Konsequenzen eines noch zu verhandelnden Regierungsprogrammes. Das vorliegende Szenario beschreibt daher primär die Ausgangssituation, welcher sich eine neue Regierung gegenübersehen wird.

Abbildung 7: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)



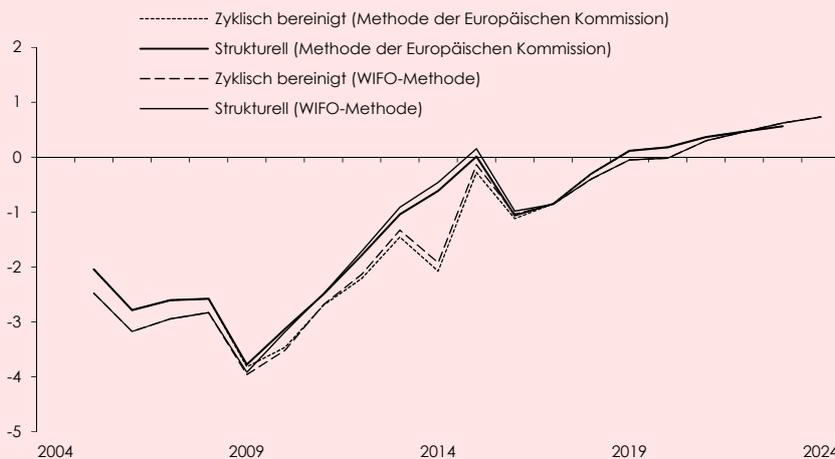
Auf Basis des Konjunkturbildes und unter Berücksichtigung der diskretionären Maßnahmen ergibt sich für die nächsten Jahre ein Überschuss im staatlichen Finanzierungssaldo. Für den Prognosezeitraum 2020/2024 wird ein durchschnittliches Ausgabenwachstum von 3,0% erwartet. Dem steht ein prognostiziertes Einnahmenwachstum von 3,0% p. a. gegenüber. Entgegen der in der WIFO-Prognose vom März 2019 dargestellten kontinuierlichen Verbesserung des Budgetsaldos lässt die aktuelle Prognose einen flachen Pfad für den Maastricht-Saldo erwarten: Nach 0,6% 2019 sinkt der Saldo 2020 auf 0,4% und entwickelt sich in den Folgejahren in einem Band zwischen 0,5% und 0,6% des BIP.

Dass der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo im Prognosezeitraum trotz der wirtschaftspolitischen Maßnahmen positiv bleibt, hängt eng mit der erwarteten günstigen Einnahmenentwicklung zusammen: Im Zeitraum 2020/2024 wachsen die Staatseinnahmen nominell um 3,0% p. a., um nur 0,4 Prozentpunkte schwächer als im Vergleichszeitraum 2015/2019, in den die Hochphase des nun abklingenden Konjunkturaufschwungs fiel. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer steigen um 4,4% p. a. Aufgrund der Entlastungsmaßnahmen (z. B. Familienbonus) liegt die Dynamik zwar unter jener der Vorperioden, aber spiegelt dennoch eine stabile Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung wider. Dies gilt auch für die Einnahmen aus Sozialbeiträgen, deren Wachstum sich aber von jährlich 4,1% (2015/2019) auf 3,0% (2020/2024) verlangsamt. Stärker rückläufig sind die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer (von +9,6% 2015/2019 auf +3,9% 2020/2024). Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer sollten im Gleichklang mit dem nominellen Konsum der privaten Haushalte steigen. Da die diskretionären Politikmaßnahmen vor allem den privaten Konsum stärken, fällt die Dämpfung von +3,5% auf +3,3% p. a. recht verhalten aus.

Insgesamt ergibt sich in der Projektion ein mäßiger Rückgang der Staatseinnahmenquote von 48,9% des BIP im Jahr 2019 auf 48,4% im Jahr 2024. Unter den Rahmenbedingungen des prognostizierten Konjunkturverlaufes bleibt die Abgabenquote – die Summe aus Steuereinnahmen und Sozialbeiträgen gemäß ESVG 2010 in Prozent des BIP – im Prognosezeitraum annähernd konstant (2019: 42,5%, 2024: 42,4%).

Abbildung 8: Zyklisch bereinigter und struktureller Budgetsaldo

In % des BIP



Q: WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2019 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2019, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2019.

Die Gesamtausgaben steigen im Prognosezeitraum wie die Einnahmen um rund 3% p. a. Die Ausgabenquote geht von 48,3% des BIP 2019 auf 47,9% im Jahr 2024 zurück. Gegenüber dem Zeitraum 2015/2019 (+2,0% p. a.) ist dies dennoch als eine deutliche Dynamisierung des Ausgabenpfades zu werten. Überdurchschnittlich nehmen vor allem die monetären Sozialausgaben zu (2020/2024 +3,5% p. a.), insbesondere die Ausgaben für Pensionen und Pflege; der erwartete Anstieg der sozialen Sachleistungen wird mit 3,8% p. a. nur unwesentlich unter der Dynamik der Vorperiode (2015/2019 +4,0%) bleiben. Die Ausweitung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst wird in den nächsten Jahren zwar etwas verflachen, aber speziell im Gesundheitswesen dynamisch bleiben. Unter der Annahme zurückhaltender Lohnabschlüsse werden die Arbeitnehmerentgelte im Staatssektor mit +3,0% p. a. im Prognosezeitraum langsamer wachsen als 2015/2019 (+3,4% p. a.).

Gegenüber den Jahren 2015/2019 (+2,0% p. a.) erhöht sich das Staatsausgabenwachstum in den kommenden Jahren auf 3,0%. Die Nationalratsbeschlüsse vom September steigern die ohnehin kräftige Dynamik der monetären Sozialleistungen zusätzlich. Der Rückgang der Zinssätze verringert zwar den Schuldendienst, kompensiert aber die Zusatzausgaben nur teilweise.

Übersicht 7: Staat

	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung in % p. a.								
Laufende Einnahmen	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,0	+ 3,7	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,2
Laufende Ausgaben	+ 2,3	+ 2,0	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,3
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,0	+ 3,7	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,1
	Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	Ø 2020/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	In % des BIP								
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,8	- 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ¹⁾	- 2,4	- 0,5	+ 0,4 ²⁾	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	-
WIFO-Methode ³⁾	- 2,3	- 0,5	+ 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7
Struktureller Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ¹⁾	- 1,8	- 0,4	+ 0,4 ²⁾	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	-
WIFO-Methode ³⁾	- 1,7	- 0,4	+ 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7
Staatsschuld	82,5	77,9	61,3	69,6	66,7	63,9	61,2	58,6	56,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2019, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2019. – ²⁾ Ø 2020/2023. – ³⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2019 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Zur Entlastung des Staatshaushaltes trägt nochmals deutlich die Entwicklung der Zinsausgaben bei: Angesichts der anhaltend expansiven Politik der EZB (Zinsschritt, Ankaufprogramme) erwartet die Zinsprognose den Anstieg der Sekundärmarktrendite nun deutlich später als zum März-Termin. Dadurch fallen die Refinanzierungskosten für die Staatsschulden im Prognosezeitraum geringer aus als in der WIFO-Prognose vom März 2019 angenommen.

Der auf Basis dieses Prognosebildes geschätzte strukturelle Budgetsaldo des Staates (auf Basis des Output-Gap laut Methode der Europäischen Kommission) steigt von 0,1% im Jahr 2019 in den kommenden Jahren kontinuierlich um rund 0,1 Prozentpunkt p. a. auf 0,6% im Jahr 2023.

Die Staatsschuldenquote wird sich im Prognosezeitraum von 69,6% (2019) auf 56,3% 2024 verringern. Unter der Bedingung einer stabilen Konjunkturlage und der Beibehaltung der gegenwärtigen Fiskalpolitik könnte sie damit gegen Ende des Prognosezeitraumes den Maastricht-Referenzwert von 60% des BIP unterschreiten.

Übersicht 8: Dauerhafte wirtschaftspolitische Maßnahmen, die im Zeitraum Mai bis September 2019 beschlossen wurden

	2020	Maßnahmen wirksam ab		
		2021	2022	2023
Veränderung gegen das Vorjahr in Mio. €				
Einnahmen	- 106	- 425	+ 33	+ 107
Indirekte Steuern	- 4	+ 178	+ 43	+ 17
Direkte Steuern	- 2	- 603	- 10	+ 90
Sozialbeiträge	- 100	± 0	± 0	± 0
Ausgaben	+ 665	+ 85	+ 125	+ 105
Monetäre Sozialleistungen	+ 635	+ 100	+ 125	+ 105
Veränderung Budgetsaldo				
Ausgangslage ohne Rückwirkungen	- 771	- 510	- 92	+ 2
Summe Entlastungen	- 975	- 720	- 135	- 15
Summe Gegenfinanzierung	+ 204	+ 210	+ 43	+ 17
Nettoentlastung	- 771	- 510	- 92	+ 2
In % des nominellen BIP	0,21	0,14	0,02	0,00

Q: Zusammenstellung des Budgetdienstes, Informationen des Bundesministeriums für Finanzen an den Budgetausschuss, WIFO-Einschätzung.

3. Prognoserisiken

Aus den internationalen Rahmenbedingungen ergeben sich für die vorliegende Prognose durchwegs Abwärtsrisiken:

- Eine weitere Ausweitung protektionistischer Maßnahmen im Handelskonflikt zwischen den USA und China, aber auch mit der EU und die zu erwartenden Gegenmaßnahmen der betroffenen Länder bergen die Gefahr einer weiteren Eskalation des Handelskonfliktes mit markanten Nachteilen für die gesamte Weltwirtschaft. Aufgrund sehr verzweigter weltweiter Wertschöpfungsketten hätten weitere Behinderungen des Welthandels negative Auswirkungen auf die Produktion in den einzelnen Ländern und würden den Abwärtstrend der Konjunktur noch verstärken.
- Die ökonomischen Auswirkungen des bevorstehenden Austrittes des Vereinigten Königreichs aus der EU bilden nach wie vor ein bedeutendes Risiko für die Wirtschaftsentwicklung in der EU. Eine empfindliche Einschränkung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU infolge eines "harten Brexit" würde sich zwar in erster Linie negativ auf das Vereinigte Königreich selbst, aber auch auf die Wirtschaftsentwicklung im übrigen Europa auswirken. Im Besonderen wären davon EU-Länder mit sehr engen Wirtschaftsbeziehungen zum Vereinigten Königreich betroffen.
- Schwelende geopolitische Konflikte im Nahen und Mittleren Osten sowie die Spannungen zwischen Russland und der EU bergen ein Risiko für die Versorgung mit Energierohstoffen bzw. für einen Anstieg der Energiepreise und der Inflation. Dar-

über hinaus könnte eine Verschärfung der Spannungen im Nahen Osten oder zwischen der Türkei und der EU die Migrationsströme nach Europa wieder verstärken. Ein Eintreten dieser Abwärtsrisiken für die Weltwirtschaft würde die in der Prognose unterstellte Entwicklung der österreichischen Ausfuhr unmittelbar verschlechtern und in Österreich das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungs- und Einkommenszuwächse sowie das Abgabenaufkommen dämpfen und die Staatsausgaben tendenziell erhöhen. Als Folge des Brexit wird der Nettobeitrag Österreichs zum EU-Budget zunehmen. Aktuell ist auch der künftige wirtschaftspolitische Pfad einer neuen Bundesregierung unklar. Für den prognostizierten Budgetpfad wird vor diesem Hintergrund die Wahrscheinlichkeit einer ungünstigeren Entwicklung deutlich höher eingeschätzt als jene für ein besseres Ergebnis.

4. Literaturhinweise

- Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniowski, S., "WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy", in OeNB (Hrsg.), "Macroeconomic Models and Forecasts for Austria", Proceedings of OeNB Workshops, 2005, (5), S. 61-86.
- Baumgartner, J., Fink, M., Kaniowski, S., Rocha-Akis, S., "Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Einführung des Familienbonus Plus und des Kindermehrbetrages", WIFO-Monatsberichte, 2018, 91(10), S. 745-755, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61434>.
- Baumgartner, J., Kaniowski, S., "Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2019 bis 2023", WIFO-Monatsberichte, 2019, 92(4), S. 221-230, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61739>.
- Bisciari, P., "A survey of the long-term impact of Brexit on the UK and the EU27 economies", National Bank of Belgium, Working Paper Research, 2019, (366).
- Cotis, J. P., Elmeskov, J., Mourougane, A., "Estimates of potential output: Benefits and pitfalls from a policy perspective", in Reichlin, L. (Hrsg.), The Euro Area Business Cycle: Stylized Facts and Measurement Issues, CEPR, London, 2005, S. 35-60.
- Ederer, St., "Abschwächung der Konjunktur, aber keine Rezession. Prognose für 2019 und 2020", WIFO-Monatsberichte, 2019, 92(10), S. 711-722, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/62021>.
- Eppel, R., Bock-Schappelwein, J., Famira-Mühlberger, U., Mahringer, H., "Der österreichische Arbeitsmarkt seit der Wirtschaftskrise", WIFO-Monatsberichte, 2018, 91(3), S. 191-204, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61023>.
- EU Independent Fiscal Institutions (EU IFIs), A practitioner's guide to potential output and the output gap, Madrid, 2018.
- Felbermayr, G., Gröschl, J. K., Steininger, M., "Quantifying Brexit: From Ex Post to Ex Ante Using Structural Gravity", CESifo Working Paper, 2018, (7357).
- Fink, M., Rocha-Akis, S., "Wirkung einer Einführung von Familienbonus und Kindermehrbetrag auf die Haushaltseinkommen. Eine Mikrosimulationsstudie", WIFO-Monatsberichte, 2018, 91(5), S. 359-374, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61102>.
- Havik, K., Mc Morrow, K., Orlandi, F., Planas, C., Raciborski, R., Roeger, W., Rossi, A., Thum-Thysen, A., Vandermeulen, V., "The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps", European Economy, Economic Papers, 2014, (535).
- Maidorn, S., "Is there a trade-off between procyclicality and revisions in EC trend TFP estimations?", Empirica, 2018, 45(1), S. 59-82.
- Oberhofer, H., Pfaffermayr, M., "Estimating the Trade and Welfare Effects of Brexit: A Panel Data Structural Gravity Model", FIW Working Paper, 2018, (187).